

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,500.

Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 Thlr., incl. Frangirung 5 Thlr., durch die Post bezogen 6 Thlr. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 36 Pf. mit Postbeförderung 45 Pf. Inserate 5 Ggsp. Zeitungsblätter 20 Pf. Briefliche Anfragen sind unternommen. Preisverzeichnisse — Tabellen etc. — nach beliebigem Tarif. Recenzen unter dem Redactionsbureau die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Abbest. wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postnachnahme.

Ercheint täglich früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisstraße 35.
Beynahme der Redaction:
Dienstag 10 — 3 Uhr.
Mittwoch 4 — 6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 1 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 Uhr. In den Fällen für Zus. Annehm.: Otto Ström, Universitätsstr. 22, Southstr. Rathhausstr. 18, p. nur bis 1/2 Uhr.

№ 315.

Montag den 11. November 1878.

72. Jahrgang.

Kunstgewerbliche Ausstellung zu Leipzig.

Dieserigen Fabrikanten uneres Bezirks, deren Production sich auf das kunstgewerbliche Gebiet erstreckt, werden hierdurch auf die im Jahre 1879 hier abzuhaltende kunstgewerbliche Ausstellung aufmerksam gemacht und zu reiner Betheiligung aufgefordert. Formulare zur Anmeldung, welche möglichst bald und längstens bis Ende December d. J. erbeten wird, und Exemplare der Anstellungs-Ordnung können auf unserem Bureau, Neumarkt 19, 1. Stockwerk, in Empfang genommen werden.
Leipzig, den 8. November 1878.

Die Handelskammer.
J. G. Eichorius,
in Stellvert.
Dr. Gensel, S.

Hülferuf!

Von dem Hülfscomité der Stadt Leipzig ist uns nachfolgender Hülferuf zugegangen:
„Ein schweres, schreckliches Unglück ist plötzlich über die Stadt Leipzig hereingebrochen. In einer großen alten gefüllten Scheune, welche innerhalb der Stadtmauer an der westlichen Seite der Stadt gelegen, brach in der Mitternachtstunde vom 28. zum 27. d. Mts., wahrscheinlich von Feuerbrand angelegt, eine Feuerbrunst aus, welche, von starkem Sturme getrieben, in fabelhaft kurzer Zeit sich über die Hälfte der Stadt verbreitete und bis zum Tagesanbruch einige achtzig Gebäude, darunter das Amtsgedäude, das Rathhaus, eine Schule, die Post, die Kinderbewahranstalt in Rische legte und die Synagoge, eine weite Schule und viele Privatgebäude beschädigte. Trotz der angegriffensten Thätigkeit gelang es erst nach 24 Stunden, das Feuer zu bekämpfen. Diese Feuerbrunst hat in dem ohnehin armen Vorkriegszustand mit seiner dormalen beschäftigungslosen Weberbevölkerung namenloses Elend angerichtet. Wer jemals die Schauer eines so plötzlich eintretenden Unglücks mit angesehen oder gar mit erlebt hat; wer von Menschenliebe und Wohlthätigkeit erfüllt ist; wer überhaupt in der Lage ist, etwas zur Milderung dieses Unglücks beitragen zu können; an Den richtet sich unsere dringende Bitte um schleunige Hülfe in schwerer Roth wenig nicht vergeblich.“
St. Leipzig, am 28. October 1878.

Das Hülfscomité.

H. Kühn, Bezirksdirector in Dornbach, Ehrenm. Bürgermeister. Dr. Nothof, Hofkass. Rath, Hofrath, Schlichter, Rector. Hof. Amtsdirektor. Schwann, Cantor. Dr. Bronner, Landrath. Tannenberg, Kaufmann. Rudolph, Amtregistrator. Juch, Lehrer.

Die geschilderte Roth ist groß und bedarf schleuniger und ausgiebiger Hülfe um so mehr, als der Winter vor der Thüre ist. Wir unterbreiten daher vorstehenden Hülferuf dem alleseitig hülfsbereiten Sinne unserer Einwohnerschaft und erklären uns jenseit bereit, Gaben in unserer Stiftungsbuchhalterei, Rathhaus 1. Etage, Zimmer Nr. 1, in Empfang zu nehmen.
Leipzig, den 5. November 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann, Messerschmidt.

Wohnungs-Vermietung.

Die seither für 1890 A jährlichen Mietzins vermietete, zum 1. April 1879 miethfrei werdende Wohnung in der II. Etage und dem Dachgeschoss des nordwestlichen Flügels des Hauptstaatsgebäudes, Bahnhofstraße Nr. 17, bestehend aus 7 Stuben, 4 Kammern und sonstigem Zubehör, soll von obigem Termine an auf sechs Jahre anderweit vermietet werden und sind bezügliche Mietofferten bis zum 16. dieses Monats bei uns einzureichen.
Die Vermietungsbedingungen nebst Inventarium können auf dem Rathhaussaale (1. Etage) eingesehen werden.
Leipzig, den 7. November 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gerutti.

Korbweiden-Auction.

Montag den 18. November a. e. sollen von Vormittags 10 Uhr an im Baumgauer Parkrevier am neuen Schützenhaus ca. 1800 Gebund Korbweiden unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen und gegen sofortige Bezahlung nach dem Zuschlage an den Meistbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft: am neuen Schützenhaus.
Leipzig, am 9. November 1878.

Des Raths Forstdeputation.

Befanntmachung.

Die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Vereinigte Freischule betreffend.
Diesem Eltern, welche für Oetern 1879 um Aufnahme ihrer Kinder in die Freischule bei uns nachzusuchen gesehen sind, haben ihre Besuche von jetzt an bis spätestens den 28. dieses Monats auf dem Rathhaus in der Schuldeputation, 2. Etage, Zimmer Nr. 8, Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 4 bis 6 Uhr persönlich anzubringen und die ihnen vorzuliegenden Fragen vollständig und der Wahrheit gemäß zu beantworten, auch gleichzeitig die Zeugnisse über das Alter des anzunehmenden Kindes und den Impfschein vorzulegen. In die untere Classe der Schule können nur Kinder Aufnahme finden, welche zu Oetern 1879 das sechste Lebensjahr vollendet und das sechste noch nicht überschritten haben. Kinder, welche schon einige Jahre Schulunterricht genossen haben, können, soweit noch Raum vorhanden, in die oberen Classen der Schule aufgenommen werden.
Leipzig, am 9. November 1878.

Der Schulausschuss der Stadt Leipzig.
Dr. Panitz. Rehnert.

Ausserordentliche Sitzung des ärztlichen Bezirks-Vereins der Stadt Leipzig.

Montag, den 11. November Abends 8 Uhr im Promenaden-Saale der Centralhalle.
Tagesordnung: Vortrag des H. Med. R. Dr. Siegel: Die in Holland gemachten Beobachtungen über Städtereinigung.
Dr. Ploss.

Neue Arbeiter- und Volksvereine.

R.-V.S. Bei der Beratung und Beschlußfassung über das Socialistengesetz war man auf allen Seiten darüber einig, daß es bei dieser gefährlichen Abwehr der socialistischen Umtriebe nicht sein Bemühen haben, daß vielmehr damit nur der Boden für eine fruchtbare Thätigkeit zu Gunsten des arbeitenden Volkes geklärt werden solle. Das Gesetz ist in Kraft getreten, die Bahn ist frei, und nun ist es an der Zeit, daß die bürgerlichen Kreise auch ihrerseits aus Werf geben, um der im Geiste fortschreitenden Agitation der Socialdemokratie entgegen zu wirken durch eine eifrige, hingebende, planmäßig organisierte Thätigkeit für das geistige, sittliche und leibliche Wohl der Arbeiterwelt. Gar Vieles und Bielelei ist auf diesem Felde zu thun. Da aber nicht Alles auf einmal geschehen kann, so wird es gut sein, zunächst eine Grundlage für derartige Bestrebungen zu schaffen durch die Begründung arbeiterfreundlicher Vereine. Diese würden zunächst die Aufgabe haben, in geselligem Geist und Gemüth bildendem Verkehr die Annäherung der verschiedenen Gesellschaftsclassen zu pflegen und ihren Mitgliedern geeignete Mittel zur Fortbildung zu bieten (durch Vorträge, Lecturen, Bibliotheken, Zeitungslesebücher und dgl.). Hieran könnte sich dann eine je nach den vorhandenen Bedürfnissen und Mitteln allmählich fortschreitende Reihe von Einrichtungen und Maßregeln zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter anschließen (Arbeitsnachweisbureau, Hülfscomité u.). Daß solche Vereine aus dem Boden der Vaterlandsliebe und religiös-sittlicher Gesinnung stehen und von diesem Boden aus dem Vaterland und glaubensvollen Treiben der Socialdemokratie entgegenzutreten müßten, versteht sich von selbst; politische und kirchliche Parteilichkeiten aber hätten sie von sich abzuweisen, mehr streng den einen Zweck im Auge zu behalten, neutrale Sammelpunkte für alle diejenigen bilden, die in diesen friedlichen Kampf einzutreten wollen. Da diese Vereine zu allererst die Aufgabe haben sollen, die von der Socialdemokratie künstlich genährte Abgeschlossenheit der verschiedenen Gesellschaftsclassen zu lösen, so ist Werth darauf zu legen, daß sie nicht etwa bloß als „Arbeitervereine“, „Arbeitervereine“ u. s. w. auftreten, sondern gleich vornherein Angehörigen aller Gesellschaftsclassen, Bürgern und Arbeitern vereint ihre Reihen öffnen und dies durch den umfassenderen Namen „Volksvereine“ bezeichnen. Schon hierdurch allein die Stellung genommen werden gegenüber der Socialdemokratie, die sich ja so gern als alleinige Vertreterin des Volkes — im angeblichen Gegen zum Bürgerthum — aufspielt. Natürlich aber in den Vereinsstatuten ausdrückliche Gegenüberstellung gegen das Eindringen socialdemokratischer Agitationen zu treffen sein — als die einzigen Parteilichkeiten, die in den neuen Volksvereinen nicht gebildet werden dürfen. Ein Verbot auf der Grundlage und mit den Zielen, die wir hier kurz vorgezeichnet haben, ist gegenwärtig in Leipzig in Bildung begriffen und wird

in Kürze in Action treten. Hoffentlich wird dieses Beispiel überall in Sachsen Anlaß und Nachahmung finden, hoffentlich wird es für unser ganzes, von der Socialdemokratie so tief durchwühltes Land das Signal zu einer kräftigen und gesunden Gegenbewegung werden.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 10. November.

Se. Majestät der Kaiser ist am Sonnabend in Wiesbaden im besten Wohlbefinden eingetroffen. Allerhöchstdenfelde fuhr im offenen Wagen durch die prachtvoll geschmückten Straßen der Stadt, in welchen sämmtliche Vereine, die Schulen und die Truppen Spalier bildeten. Se. Majestät wurde überall von der Bevölkerung mit den freudigsten Zurufen begrüßt.

Der „Frankfurter Zeitung“ gefällt es, mit dem auch von ihr verurtheilten Versuch der Bildung einer „deutschen Handwerkerpartei“ die Neubelebung der Osnabrücker Innungen unter Oberbürgermeister Dr. Riquel's Einfluß zusammenzuwerfen. Oberflächlich kann man nicht leicht verfahren. Während die Gründer jener „Partei“ die Zukunft von der Annahme ausgehen, dem Handwerkerstande könne nur durch eine gewisse Wiederherstellung des alten Zustandes, durch zwangsweise Verbindung von Meistern, Gesellen und Lehrlingen zu neuen bevorrechteten Innungen geholfen werden, zeigt der Osnabrücker Vorgang umgekehrt, wie sich auf dem Boden der bestehenden Gewerbeordnung das Bedürfnis nach geregelter und fruchtbarer Zusammenwirkung der Fachgenossen befriedigen läßt. Dort werden die Handwerker noch einmal mit allen ihren Mithen an den Bundesstädter Staat, hier auf ihre eigene Kraft und Thätigkeit zurück verwiesen. Kann es einen schlagenderen praktischen Unterschied geben? Wenn man freilich der Meinung ist, der Staat habe die sociale Frage nach Recepten zu lösen, die zwar noch nicht gefunden, aber ohne Zeitverlust zu finden seien, dann mag sich von einem so erhabenen Standpunkte herab jene Differenz als eine unbedeutende verweisen. Wir ledrigen aber werden bei der Meinung bleiben, daß ein Innungswesen, wie es in Osnabrück gegenwärtig neu erblüht, ungefähr das gerade Gegenheil der Tendenzen ist, welche Herr Julius Schulze und Genossen mit ihrer zukünftigen „Handwerkerpartei“ verfolgen.

Die christlich-socialen Arbeiterpartei des Herrn Hofprediger Stöder überträgt sich jetzt förmlich in Localdemonstrationen, um dem Rufe des Socialistengesetzes zu entsprechen. So hielt Herr Stöder am Freitag zu Berlin seinen Betreuen einen Vortrag über die Vorkämpfer der Monarchie. In der daran angeknüpften Debatte erklärte nach dem Referat der „Kreuzzeitung“ ein ehemaliger Socialdemokrat: Er sei Gegner des Constitutionalismus; denn in diesem herrsche nicht der Monarch, sondern der besonders von den Juden vertretene Liberalismus. Herr Stöder scheint

es nicht für angemessen gehalten zu haben, die bestehende Staatsverfassung gegen diesen unabweidlichen Angriff in Schutz zu nehmen. Dagegen stimmte er in die aufstehenden Berunglimpfungen des Judenthums, wenn auch in etwas verlaulter Form, lustig ein. Die Förderung der „Eintracht der Bevölkerungsklassen“ dürfte er sich demnach kaum zum Ziele gesetzt haben.

Ueber die militairischen Verhältnisse Bayerns wird der „R. Z.“ aus München geschrieben:

Die durch den allzu frühen Tod des Grafen von Bothmer, eines deutschen Ehrenmannes im vollen Sinne des Wortes, veranlaßten Ernennungen in den höheren Armeedargen scheinen sich allgemeiner Anerkennung zu erfreuen, und namentlich gilt der Nachfolger Bothmer's als Chef des Generalstabs, Generalmajor v. Heinleth, als eine ganz vortheilhafte Wahl. Ein Urtheil, das sicher auch von Berliner militairischen Kreisen übertrifft. Der Wechsel in der militairischen Vertretung Bayerns in der Reichshauptstadt erfüllt, wie wir hören, einen schon länger gehegten Wunsch des bisherigen Militärbevollmächtigten General v. Fries, wenn ihn auch seine Kollegen vom Bundesrath und die Kameraden von der deutschen Armee untern scheiden sehen. Sein Nachfolger, Oberst v. Zylinder, war schon wiederholt mit der Vertretung bayerischer Militairinteressen in Berlin betraut und kommt daher auf einen ihm wohlbekannten Boden. Mit den parlamentarischen Dingen hat er auch hier schon öfter als Referent vor dem Landtage zu thun gehabt und wie sein Chef, der Herr Kriegsminister, es verstanden, Annuß in das Fordernde zu legen, was im Schlussergebnisse der Armee und ihren Bedürfnissen nicht zum Schaden gereichte. Das blinde und tolle Abstreichen am Militairetat ist mit den Militairinteressen im Meer der Berathung gefunten, wie der Verlauf der diesjährigen Budgetdebatten gezeigt hat, und für ein verständiges Sparsystem, welches das Nothwendige unangefast läßt, ist eine Uebereinstimmung zwischen den Herren vom einfachen und doppelten Tische un schwer zu erreichen. Ueberhaupt mehren sich von Jahr zu Jahr der staatsbürgerliche Sinn in dem Officiercorps, unbeschadet der Hingabe an den Beruf und die Erfüllung der damit übernommenen Pflichten. Aber grade so wie die Militair-Angelegenheiten als wichtige Theile des nationalen Lebens von der Gesamtbevölkerung besser begriffen und mit Interesse begleitet werden, seitdem man sich der Verhältnisse der Armee in Krieg und Frieden bewußt geworden ist, läßt sich umgekehrt von der Armee ein lebendigeres Mitempfinden für das öffentliche Leben der Nation behaupten — beides Erscheinungen, die man nur freudig begrüßen kann und die das gute Einvernehmen zwischen Wehrhand und Rährhand zu kräftigen gestärkt sind. Und um noch einmal des wahren Mannes zu gedenken, grade in letzterer Beziehung war Graf Bothmer in seiner feinen weltmännischen und wissenschaftlichen Bildung eine Stütze der bayerischen und deutschen Armee.

Eine Enthüllung des „Manchester Guardian“ verursacht in England Sensation. Das gewöhnlich gut unterrichtete Blatt erzählt, daß, ehe die Congressbevollmächtigten Berlin verließen, Lord Beaconsfield und Graf Andrassy einen Vertrag unterzeichneten, welcher bestimmt, daß, wenn Rußland nach dem Mai 1879 auf türkischem Gebiet zu bleiben versuchen sollte, England und

Oesterreich auf den vollständigen Truppenrückzug bestehen würden. Wenn Rußland einwende, daß die Türkei wegen des erregten Zustandes Rumeliens außer Stande sei, die Christen zu schützen, würden England und Oesterreich gemischte Garnisonen zur Abkürzung der russischen Truppen liefern. Der Vertrags-Text wurde Rußland mitgetheilt. Der Pariser Correspondent des „Standard“ erklärt auf das Bestimmteste, daß Bismarck's Stellung bezüglich des Berliner Vertrages und seiner zur Revision des Berliner Vertrages und seiner die Idee wahrscheinlich in Berlin oder Wien gebrütet, jedenfalls aber nicht durch England's Frankreich angeregt sei. Der „Standard“ schreibt: Die augenblickliche Lage im Orient stellt ein ehrenvolles Frieden, worauf wir überleitert bei, so stolz gewesen, sehr in Frage. Der Frieden hat eine Form angenommen, welche ihn vom Krieg kaum noch unterscheiden läßt. Was unsere Ehre angeht, so müssen wir erst für dieselbe einsehen. Der Regierung kann höchstens der Vorwurf gemacht werden, daß sie den Frieden zu eifrig verfolgt, auf andere Vertragsmächte zu großes Vertrauen gesetzt und bezüglich der Macht des Congresses, seine Beschlüsse durchzuführen, sich gründlich getäuscht hat. Aber die öffentliche Meinung wird das Bekanntmachen der Ursache fordern, welche das Scheitern einer friedlichen Lösung verschuldet, und verlangen, daß dem Zweifel und der Beforgnis ein Ende gemacht werde, unter denen England und Europa leiden. Die Zeit sei vorüber, wo man sich Illusionen über den Berliner Vertrag hingeben konnte. Wäre es den Vertragsmächten ernst gewesen, so würde der Vertrag den Erwartungen entsprochen haben. Diese Hoffnungen seien dahin, Rußland gehe seinen Verpflichtungen aus dem Wege, bemühe sich sogar, das Feuer des Bürgerkrieges in den anglicanischen Provinzen wieder anzufachen, welche es für seine befreiende Mission auslesen. Die Zeit sei gekommen, wo die Regierung sich ihrer Ziele in der auswärtigen Politik klar bewußt werden müsse.

Das britische Cabinet hat die französische Note wegen der griechischen Grenzregulirung ablehnend beantwortet, ein derartiger Schritt sei momentan unopportun, weil die Aufregung in den betreffenden Gebieten allzu groß sei; die Grenzregulirungs-Commissäre könnten leicht Wechem Ali's Schicksal erleiden.

Aus Athen wird gemeldet: Kommandeur Kinnigste in der Kammer die Absicht an, das ministerielle Project wegen Bildung einer starken Armeereserve mit den Anschauungen der Opposition über die Organisirung einer eventuell zu Kriegsdiensten herbeizuziehenden Nationalgarde zu combinieren. — Die Kammer verlangte die Vorlegung aller auf die Insurrection in den türkischen Grenzprovinzen bezüglichen geheimen Actenstücke.

Die militairische Bestrengung der Dobrußha durch Rumänien soll unter dem Commando des Generals Angollesku im Laufe der nächsten Woche erfolgen.

Wie die „Pester Correspondenz“ erzählt, würde die Bedeckung der laufenden Bedürfnisse und der